© Julia Baier | laif

POLITIK-INTERVIEW

Neuer Ostbeauftragter Carsten Schneider: Ostrentner werden gerecht behandelt

„Im Großen und Ganzen werden Ostrentner gerecht behandelt", das meint der neue Ostbeauftragte der Bundesregierung Carsten Schneider (SPD). Mehr Handlungsbedarf sieht er aber bei den Löhnen. Ostdeutsche Arbeitnehmer sollten hier selbstbewusster für ihre Rechte streiten, fordert er im Interview.

Der Osten Deutschlands ist wirtschaftlich besonders eng mit Russland und der Ukraine verbunden. Wie viel kostet uns die Putin- Krise? Und wie sollen wir uns verhalten?

Carsten Schneider: Dieser Krieg kostet in erster Linie Menschenleben. Der Angriff von Putin auf das Brudervolk in der Ukraine zerstört das Leben der Menschen dort und bedroht den bisherigen Frieden in Europa. Mit den Sanktionen gegen Russland und der militärischen Unterstützung für die Ukraine wollen wir einen Waffenstillstand und den Abzug der Truppen erreichen. Darüber hinaus ist es unsere Verpflichtung, den Menschen auf der Flucht zu helfen und sie bei uns aufzunehmen. Die Welle der Hilfsbereitschaft überall in Deutschland ist dabei ungebrochen.

Zum 1. Juli 2022 sollen die Renten kräftig steigen – trotzdem bleibt auch nach 32 Jahren Einheit ein Ost-West-Unterschied...

Die noch bestehenden Unterschiede im Rentenwert sind nicht mehr sehr groß und ab 2025 werden die Renten zwischen Ost und West angeglichen sein. Die Beschlüsse dazu haben lange auf sich warten lassen, aber in der letzten Wahlperiode konnten wir das durchsetzen. In den vergangenen Jahren wurden die Renten im Osten stets mehr erhöht als im Westen. Das wird auch 2022 der Fall sein. Zum 1. Juli erhöhen sich die Ost-Renten um 6,12 Prozent, die West-Renten um etwas weniger, um 5,35 Prozent. Diese deutlichen Erhöhungen und vor allem die Höherwertung der Rentenbeiträge hatten und haben einen guten Grund. Das war dringend nötig, denn viele, die jetzt oder in den letzten Jahren in Rente sind, hatten es wegen geringer Löhne oder Arbeitslosigkeit in den Nachwendejahren schwer, sich ein Polster fürs Alter aufzubauen.

Unmut verursachte bei vielen Ostdeutschen, dass Ansprüche u.a. auf DDR- Sonderversorgungssysteme heute nichts wert sind. 27 Berufs- oder Personengruppen haben nach der Wende vor Gericht geklagt. Nur zehn haben gewonnen...

Die DDR hat Versprechen in die Zukunft gemacht, die nicht haltbar waren. Sie hat damals zum Beispiel Krankenschwestern nur kleine Gehälter bezahlt, ihnen dafür eine gute Zusatzversorgung zur Rente versprochen. Das bundesdeutsche Rentensystem, das wir heute - zum Glück - haben, sieht aber vor, dass sich die Rente daran orientiert, was man einst verdient und in das Rentensystem einbezahlt hat. Inzwischen gibt es zu all den Streitfällen höchstrichterliche Urteile. Politisch können und müssen wir aber etwas für Härtefälle tun, für Menschen, die dadurch trotz vieler Arbeitsjahre nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau oder knapp darüber beziehen. Ich will dazu in Zusammenarbeit mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zügig eine einmalige Sonderzahlung an Betroffene durchsetzen. Das Bundeskabinett soll für einen solchen Härtefallfonds noch in diesem Jahr einen Vorschlag machen.

> **„Die Zeiten des Lohndumpings im Osten müssen vorbei sein."**
> Carsten Schneider

Empfehlung der Redaktion

UNSERE LESER-REISE VOM 22. BIS 26. OKTOBER 2022
Leserreise: Mit Superlllu auf Rhein und Mosel (/magazin/reisen/l auf-rhein-und-mosel-1797)

TECHNIKGE-SCHICHTE
Motorrad-Ausstellung: Exklusiver Einblick im DDR Museum (/magazin/heimat ausstellung-im-ddr-museum-1787)

BRANDENBURG
Nechlin: Ein kleines Dorf voller Windenergie (/magazin/heimat/nechlin-1785)

AKTUELL
Ukraine-Krieg: Was private Helfer rechtlich beachten sollten (/magazin/politik/krieg-was-private-helfer-rechtlich-beachten-sollten-1792)

Eine der betroffenen Gruppen ist die von zur DDR-Zeit geschiedenen Frauen. Anders als heute erhielten sie bei einer Scheidung zur DDR-Zeit keine Rentenpunkte als Versorgungsausgleich.

Wer zur DDR-Zeit geheiratet hat, der wusste, dass es im Falle einer Scheidung keinen Versorgungsausgleich bei der Rentenversicherung gibt, anders als heute. Für diese zivilrechtliche Regelung gab es keine Ausgleichsregelung im Einigungsvertrag.

Können sich ostdeutsche Rentner gerecht behandelt fühlen?

Im Großen und Ganzen sehe ich das so. Schwer war es für viele, die 1990 um die 30 waren und heute in Rente gehen. Ihnen konnten wir aber zumindest mit einem Übergangs-Rentensystem helfen, das ihre Rentenpunkte höher bewertet. Mit der Grundrente hat die SPD zuletzt noch mal für etwas mehr Gerechtigkeit gesorgt, weil damit die Niedrigstlöhne in den ersten Umbruchjahren ausgeglichen werden. Die Löhne als Basis für die Rente sind entscheidend. Hier gibt es noch die größten Unterschiede. Die Zeiten des Lohndumpings im Osten müssen endgültig vorbei sein.

Sind sie aber nicht... Sehr deutlich ist das bisher zum Beispiel in der Autoindustrie. In den ostdeutschen Werken von BMW, VW, Mercedes oder Opel werden an vergleichbar modernen Anlagen wie im Westen von gleich hoch qualifizierten Arbeitnehmern dieselben Autos hergestellt. Trotzdem müssen ostdeutsche Facharbeiter pro Woche für den gleichen Lohn drei Stunden länger arbeiten. Alle Hersteller, außer Opel, haben angekündigt, das anzugleichen, aber erst im Verlauf der nächsten Jahre. Etwas spät...

Es gibt keinen Grund dafür, dass Ostdeutsche heute immer noch weniger verdienen oder für dasselbe Geld länger arbeiten müssen – insbesondere nicht bei solchen großen, international tätigen Firmen. Wenn das, wie in diesem Fall, auch noch bei einem großen Automobilkonzern möglich ist, dann liegt das oft auch daran, dass die Gewerkschaften im Osten schwächer sind und es deshalb weniger tarifgebundene Jobs gibt. Ich will die Beschäftigten darin bestärken, selbstbewusster für ihre Rechte zu streiten, in eine Gewerkschaft einzutreten und an Betriebsratswahlen teilzunehmen. Entscheidend ist aber, dass wir mehr gut bezahlte Industriearbeitsplätze bekommen. Und da gibt es mit den Zukunftsinvestitionen bei Tesla und Intel eine ermutigende Entwicklung. Diese Unternehmen siedeln sich auch deshalb im Osten an, weil hier erneuerbare Energien produziert werden. Das kann die wirtschaftliche Landkarte in Deutschland völlig verändern.

Das machen viele Ostdeutsche anscheinend auf anderen Wegen. Viele laufen bei Demos von Rechtsextremen oder Corona-Leugnern mit. Warum?

Gegen das Demonstrieren ist nichts zu sagen, solange es friedlich bleibt. Was mir aber Sorgen macht, ist, wie unkritisch einige Menschen teilweise mit Rechtsextremisten, Gewaltbereiten und Verschwörungsideologen in einer Reihe marschieren. Auch die sinnlose Wut, die Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und die Vorbehalte gegenüber der Wissenschaft, die man dort teilweise sieht, finde ich bedenklich. Wenn wir alle miteinander gut leben wollen, sollten wir rationaler an die Dinge herangehen und respektvoller miteinander umgehen. Die Lautesten sind nicht die Mehrheit der Gesellschaft. Ich appelliere deshalb an alle, hier klarer, auch öffentlich, Farbe zu bekennen und die Straße nicht einer kleinen radikalisierten Minderheit zu überlassen.

Weitere Artikel